

## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Migration am 08.11.2007

Sitzungsort: Rathaus Uhlstraße 3, Sitzungszimmer A 013

Beginn der Sitzung um 18.00 Uhr.

Ende der Sitzung um 19.40 Uhr.

Vorsitz führte: Dr. Conen

### Stimmb. Mitglieder

Dr. Dahm CDU  
 Falkenstein (Vors.) CDU  
 Dr. F.-Immenkeppel CDU  
 Stilz CDU  
 Zündorf (SK) CDU  
 Kravarioti (SK) CDU

Dr. Conen (stv. Vors.) SPD  
 Jung SPD  
 Salvador SPD

Bohlfen fw/bVb

Niclasen Grüne

Heil (SK) FDP

### Beratende Mitglieder

Mösch Obdachlosenber.  
 Fahrenberger Obdachlosenb.  
 Duda Vertr. Spätaussiedler  
 Weidner Init.f.Völkerverständ.

### Verwaltung

Freytag  
 Gawlik  
 Rampe  
 Joswig - von Bothmer

### Schriftführerin

Rempe

### Gäste

### Stellv. stimmb. Mitglieder

Boley CDU  
 Simons CDU  
 Dahmen CDU  
 Ehrenstein CDU  
 Fischer CDU  
 Gerharz, F.J. CDU  
 Gerharz, Th. CDU  
 Hepp CDU  
 Hosmann CDU  
 Klug CDU  
 Küster CDU  
 Meeth CDU  
 Pohl CDU  
 Poschmann CDU  
 Pütz CDU  
 Rau CDU  
 Schumacher CDU  
 Vetterling CDU  
 Vogel CDU

Vilkmann SPD  
 Berg SPD  
 Blanke SPD  
 Breu SPD  
 Grafe SPD  
 Heck SPD  
 Dr. Petran SPD  
 Reinkemeier SPD  
 Wehrhahn SPD  
 Meese (SK) SPD  
 Weitz (SK) SPD

Baule fw/bVb  
 Arth fw/bVb  
 Mainzer fw/bVb  
 Müller fw/bVb  
 Schmitz fw/bVb

Bortlitz-Dickhoff Grüne  
 vom Hagen Grüne  
 Schönhütte Grüne  
 Weber Grüne  
 Winkelmann (SK) Grüne

Brämer FDP  
 Pitz FDP  
 Müller, C. (SK) FDP  
 Wehr (SK) FDP

### Stellv. beratende Mitglieder

Kunkemöller Obdachlosenb.  
 Saidi ABR  
 Yildirim ABR  
 Wolf Spätaussiedler  
 Saß-Blauhut Init.f.Völkerverst.

**Tagesordnung**

<b>TO-Pkt.</b>	<b>Gegenstand</b>	<b>Seite</b>	<b>Vorlagen-Nr.</b>
	<b>A) Öffentlicher Teil</b>		
1	Niederschrift vom 09.08.2007	3	
2	Anträge	3	
2.1	Gewaltschutzgesetz <u>hier:</u> Antrag der Fraktion „Die Grünen“ vom 12.07.2007	3-6	51/07
2.2	Behindertengerechtes Rathaus <u>hier:</u> Antrag der Fraktion „Die Grünen“ vom 23.10.2007	6	40/02h
3	Mitteilungen	7	
3.1	Barrierefreie Stadt und Stadtverwaltung <u>hier:</u> Bestand und Fortschreibung des Maßnahmenkataloges <u>Bezug:</u> Anfrage in der Sitzung vom 09.08.2007, Top 2.2	7-8	40/02g
3.2	Sprachförderung im Elementarbereich <u>hier:</u> Erfahrungsbericht 2007 <u>Bezug:</u> SchpA 08.05.2007	8	58/01f *
3.3	Seniorenkonzept Rhein-Erft-Kreis <u>hier:</u> Sachstandsbericht des Sozialdezernenten Freytag	8	
3.4	Sitzungstermin der Arbeitsgemeinschaft „Menschen mit Behinderung“ am 20.11.2007 <u>hier:</u> Mitteilung des Sozialdezernenten Freytag	8	
3.5	Sitzungstermin der Arbeitsgemeinschaft „Träger der Altenarbeit“ am 14.11.2007 <u>hier:</u> Mitteilung des Sozialdezernenten Freytag	8	
4	Anfragen - keine -	8	
	<b>B) Nichtöffentlicher Teil</b>		
5	Integration von Menschen mit Migrationshintergrund <u>hier:</u> Beauftragung imap-Institut	9	12/05e
6	Mitteilungen	9	
6.1	Situation im Obdachlosenbereich Lupinenweg <u>hier:</u> Sachstandsbericht (mündlicher Bericht) <u>Bezug:</u> Anfrage in der Sitzung vom 09.08.2007, Top 2.1	9-10	
7	Anfragen	10	
7.1	Bekanntgabe über Anstieg aufgenommener Jugendlicher im Obdachlosenbereich Lupinenweg <u>hier:</u> Anfrage Ratsfrau Niclasen (Die Grünen)	10	

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Conen (SPD) begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Gleichstellungsbeauftragte Joswig-von Bothmer, den Vertreter der Presse und eröffnet die Sitzung.

Sie stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen rechtzeitig an die Mitglieder des Ausschusses gegangen sind.

Sie macht darauf aufmerksam, dass die Mitglieder am Vortag der Sitzung per Postzustellung noch einen Antrag der Fraktion „Die Grünen“ im Brühler Rat zum Thema „Behindertengerechtes Rathaus“ erhalten haben. Sie schlägt vor, diesen Antrag mit dem Tagesordnungspunkt 3.1 „Barrierefreie Stadt und Stadtverwaltung“ zu diskutieren. Der Vorschlag wird einstimmig von den Mitgliedern angenommen.

Sie fragt die Mitglieder, ob darüber hinaus Wünsche der Erweiterung der Tagesordnung oder der Änderung bestehen. Die Mitglieder melden keine Wünsche an.

## **A) Öffentlicher Teil**

### **1. Niederschrift vom 09.08.2007**

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 09.08.2007 werden keine Einwände und Bedenken erhoben.

### **2. Anträge**

#### **2.1 Gewaltschutzgesetz**

**hier: Antrag der Fraktion „Die Grünen“ vom 12.07.2007**  
**Vorlagen-Nr.: 51/07**

Ratsfrau Niclasen (Die Grünen) teilt den Mitgliedern des Ausschusses den Beweggrund des Antrages ihrer Fraktion mit. Dieser bestand darin, dass im Juli 2007 die Presse einen Artikel über die Arbeit der Katholischen Ehe- und Familienberatungsstelle Brühl veröffentlicht hat. In diesem Artikel wurde unter anderem darüber berichtet, dass die BeraterInnen durch ihre Tätigkeit stark belastet seien.

Ratsfrau Baule (fw/bvb) teilt mit, dass sie stellvertretende Vorsitzende der Organisation „Weißer Ring“ im Rhein-Erft-Kreis sei. Sie berichtet über eine hohe Anzahl von umfassenden Beratungsfällen, mit denen diese Organisation betraut wird.

Sozialdezernent Freytag sagt, dass die Verwaltung bewusst keine Vorlage gefertigt hat. Das gesprochene Wort habe eine intensivere Wirkung, insbesondere in dieser Thematik.

Joswig-von Bothmer zeigt sich sehr erfreut über die Anfrage der Fraktion „Die Grünen“ und beantwortet in Folge die im Antrag gestellten Fragen.

Zunächst geht sie kurz auf die Ausgangslage und den Entwicklungsprozess, die zur Gestaltung und Verabschiedung des Gesetzes geführt haben, ein.

Sie gibt dann die der Verwaltung mitgeteilten Erfassungsdaten zu Maßnahmen der Polizei in Fällen häuslicher Gewalt durch die Kreispolizeibehörde bekannt. Sie bemängelt, dass die Erfassung der Daten erst ab dem Jahr 2005 erfolgt und derzeit nur undifferenziert vorgenommen wird.

Joswig-von Bothmer erlebt in Gesprächen mit den zuständigen Beamten der Polizeibehörde eine hohe Sensibilität im Thema, welche sich auch in der Abschlusskommentierung der Zahlen durch den Satz „Hinter jeder Zahl stehen Schicksale“ ableiten lässt.

Zu Frage 2 der Anfrage führt Joswig-von Bothmer aus, dass die Betroffenen sich an die örtlichen und überörtlichen Beratungsstellen wenden und um Beratung nachfragen können. Durch die unterschiedlichen Beratungsansätze in den Beratungsstellen ist es oftmals für die betroffenen Frauen schwierig, die geeigneten Stellen zu finden, die der individuellen Bearbeitung der Probleme gerecht werden. Durch Personalreduzierung und Streichung finanzieller Mittel in den Beratungseinrichtungen kann teilweise eine angemessene und gewünschte Beratung nicht mehr angeboten werden. Ebenso wird der Datenschutz als Argument für die fehlende Weitergabe von Beratungsfällen herangezogen.

Es ist weiterhin davon auszugehen und zu vermuten, dass eine hohe Dunkelziffer von nicht angezeigten Gewaltangriffen vorliegt, da viele Frauen aus unterschiedlichen, persönlichen Gründen immer noch nicht den Mut aufbringen können, eine Anzeige vorzunehmen.

Joswig-von Bothmer weist darauf hin, dass eine Beratung zum Thema eine besondere Qualifikation des Beratungspersonals voraussetzt. Diese kann nach ihrem Kenntnisstand derzeit nur der Verein „Frauen helfen Frauen“, Hürth (½ Stelle) vorweisen. Der Fokus der Beratung muss künftig ihrer Meinung nach auch auf den Personenkreis der Migrantinnen ausgerichtet werden.

In Brühl können sich Männer bei der Männerberatungsstelle „Dekathlon“ beraten lassen. Diese bieten in einem Expertenteam lösungsorientierte Beratung von Mann zu Mann an.

Ratsherr Stiliz (CDU) möchte wissen, ob auch Fälle von Frauen in Brühl bekannt sind, die gegen Männer Gewalt angewendet haben.

Joswig-von Bothmer gibt bekannt, dass ein Fall in Brühl bekannt geworden ist.

Sie merkt nochmals an, dass sie die Datenlage als sehr schlecht empfindet, verkennt jedoch nicht, dass hier fehlendes Personal evtl. Ursache des derzeitigen Zustandes sein kann.

Joswig-von Bothmer erinnert daran, dass bis zum Jahr 2002 in der Stadt Brühl ein runder Tisch zum Thema „Häusliche Gewalt“ regelmäßig einberufen wurde. In dieser Zeit wurde versucht, eine „Notschlafstelle“ für betroffene Frauen bei der Gebausie her- und einzurichten. Die Stelle sollte durch einen sozialen Träger betreut werden. Die Bereitstellung finanzieller Mittel für dieses Planungsvorhaben wurde dann jedoch abgelehnt.

Parallel zum Forum in Brühl wurde ein runder Tisch auf Kreisebene im Jahr 2004 durch die dort tätige Gleichstellungsbeauftragte ins Leben gerufen. Der Kreis hat unter anderem eine Notfallkarte mit Adressen für betroffene Frauen erarbeitet und herausgegeben sowie weitere Maßnahmen initiiert, die Frauen in akuten Situationen direkt helfen.

Zur Beantwortung der Frage 4 des Antrages wird mitgeteilt, dass der Fachbereich Soziales (FB 50/3) Erstgespräche mit betroffenen Frauen führt, diese dann aber an qualifizierte Stellen weiter vermittelt. Der Fachbereich weist keine Frauen, die Beratungsbedarf haben, ab.

Joswig-von Bothmer teilt mit, dass betroffene Frauen überwiegend die Beratungsstelle „Frauen helfen Frauen“ in Hürth aufsuchen. Seitens der Beratungsstelle werde häufig die Frage an sie gestellt, ob die Stadt Brühl sich nicht an den Leistungen, die diese Stelle für die Stadt erbringe, finanziell beteilige. Sie erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass der Rat die Zahlung des jährlichen Zuschusses an die Katholische Ehe- und Familienberatungsstelle zum Jahr 2006 eingestellt hat.

Ratsfrau Baule (fw/bVb) versteht die Anfrage der Träger nicht und sagt, dass zu den Ausführungen des Gesetzes „Opferschutzbeauftragte“ bestellt worden sind. Diese beschäftigen sich ausschließlich mit den Inhalten, Auswirkungen und Ausführungsbestimmungen des Gewaltschutzgesetzes.

Stellvertretende Vorsitzende Dr. Conen (SPD) meint, dass unter den sozialen Institutionen auch ein verstärkter Wettbewerb hinsichtlich spezifischer Leistungsangebote durchgeführt wird, der der Sache manchmal nicht dienlich ist.

Ratsherr Simons (CDU) möchte wissen, ob in den genannten Zahlen auch ausländische Personen inbegriffen sind. Weiterhin fragt er nach, ob der Ausländerbeirat sich mit der Thematik befasst.

Ratsfrau Niclasen (Die Grünen) möchte wissen, ob Angaben über Wartezeiten von Frauen auf Beratung in den Beratungsstellen gemacht werden können oder zur Kenntnis gegeben werden können.

Joswig-von Bothmer sagt, dass hierzu keine Abfrage geführt wurde. Dieses werde sie versuchen zu eruieren und zu gegebener Zeit dem Ausschuss mitteilen. Der Ausländerbeirat beschäftigt sich ihres Wissens nach nicht mit dieser Thematik. Sie vermutet eine hohe Anzahl gewaltbereiter Männer mit Migrationshintergrund. Dieser Sachverhalt wird aber wegen der politischen Brisanz nicht gerne nach außen kundgetan.

Ratsfrau Niclasen (Die Grünen) beklagt, dass im Ausschuss Einigkeit hinsichtlich der Finanzierung von beabsichtigten Maßnahmen besteht. Im Rat spiegelte sich dieser Konsens in der Abstimmung jedoch nicht wider. Sie wünscht sich, dass alle politischen VertreterInnen endlich konkrete Schlüsse aus dem vorhandenen Zahlenmaterial ziehen und notwendige Maßnahmen einleiten und befürworten. Ihre Erfahrungen aus der politischen Arbeit geben diesem Wunsch jedoch keine Hoffnung.

Ratsfrau Dr. Frantziach-Immenkeppel (CDU) bittet die Verwaltung eine Vorlage mit detaillierten, statistischen Zahlen zu fertigen und dem Ausschuss vorzulegen. Ihre Fraktion könne für die Bereitstellung finanzieller Mittel nur dann zustimmen, wenn dieses Zahlenmaterial vorliegt und aus diesem hervorgeht, dass ein konkreter Handlungsbedarf besteht.

...

Sozialdezernent Freytag wehrt sich dagegen, eine finanzielle Ersatzvornahme zu leisten. Der Rhein-Erft-Kreis habe die Aufgabenstellung zu erledigen und die Verpflichtung, tätig zu werden.

Joswig-von Bothmer sagt abschließend, dass aus ihrer Sicht ein dringender Handlungsbedarf angezeigt ist und appelliert an die Mitglieder, sich für das Thema einzusetzen.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr erfolgen, bedankt sich die stellvertretende Vorsitzende Dr. Conen (SPD) bei Joswig-von Bothmer für die gemachten Ausführungen.

## **2.2 Behindertengerechtes Rathaus** **hier: Antrag der Fraktion Die Grünen vom 23.10.2007** **Vorlagen-Nr.: 40/02h**

Anmerkung der Schriftführerin:

Der Antrag wurde den Mitgliedern mit der Ratspost kurzfristig zugesandt und wird daher im Ausschuss als „Tischvorlage“ behandelt. Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen im Ausschuss begrüßen den Antrag der Fraktion „Die Grünen“ und signalisieren Zustimmung zu den im Antrag gemachten Ausführungen.

Ratsfrau Niclasen (Die Grünen) stellt fest, dass einige barrierefreie Maßnahmen bereits umgesetzt wurden, diese aber noch nicht für ausreichend hält. So stellt sie fest, dass die Feuerschutztüren in den Rathäusern A und B derzeit den barrierefreien Bestimmungen nicht entsprechen. Dieses gelte auch für den Aufzug im Rathaus A, der derzeit noch nicht barrierefrei umgerüstet ist.

Sachkundiger Bürger Wehr (FDP) meint, dass die politischen Beratungen und Entscheidungen hinsichtlich des weiteren Erhaltes des Rathauses B abgewartet werden sollten.

Ratsfrau Dr. Frantziach-Immenkeppel (CDU) bittet darum, zügig innovative Lösungen zu finden um barrierefreie Zonen und Bereiche in der Verwaltung zu schaffen.

Sozialdezernent Freytag gibt bekannt, dass die weitere Existenz des Rathauses B derzeit völlig offen ist. Eine Entscheidungsfindung ist angedacht. Derzeit liegt jedoch im Verwaltungsvorstand noch kein klares Meinungsbild vor.

Abschließend stimmen die Mitglieder des Ausschusses über die im Antrag der Fraktion „Die Grünen“ beantragte Maßnahme ab.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

### 3. Mitteilungen

#### 3.1 Barrierefreie Stadt und Stadtverwaltung

hier: Bestand und Fortschreibung des Maßnahmenkataloges

Bezug: Anfrage in der Sitzung vom 09.08.2007, Top 2.2

Vorlagen-Nr.: 40/02g

Stellvertretende Vorsitzende Dr. Conen (SPD) schlägt vor, die Inhalte des Antrages der Fraktion „Die Grünen“ „Behindertengerechtes Rathaus“ in die Diskussion nochmals mit aufzunehmen.

Ratsherr Jung (SPD) fragt an, ob die Verwaltung Auskunft über die Anzahl von Auszubildenden mit Behindertenstatus geben kann.

Darüber hinaus bittet er um Auskunft zur behindertengerechten Ausgestaltung des Rathauses A (Fahrstuhl) und Stadtbücherei.

Anmerkung der Schriftführerin:

FB 10/2 teilt auf Anfrage mit, dass im laufenden Ausbildungsjahr kein/e Auszubildende/r mit Behindertenstatus derzeit die Fachbereiche durchläuft. In der Vergangenheit wurden Auszubildende mit Behindertenstatus in der Verwaltung eingestellt und diesen eine Ausbildung in unterschiedlichen Berufssparten ermöglicht.

Die Auszubildenden müssen sich alle einem Eignungstest unterziehen. Gibt ein/e Auszubildende/r bei seiner/ihrer Bewerbung den Grad der Behinderung oder die Behinderung als solche an, wird die Stelle, die den Eignungstest durchführt, darüber in Kenntnis gesetzt, um ggf. mögliche Erleichterungen zu gewähren; d. h.

- a) das Testverfahren muss entsprechend der Behinderung umgestellt werden,
- b) es muss eine Ergebnisauswahl getroffen und abgeglichen werden zu Nichtbehinderten,
- c) Kandidatinnen und Kandidaten müssen bei der Auswahl des zu besetzenden Ausbildungsplatzes berücksichtigt werden.

Bei den folgenden Vorstellungsgesprächen ist der städtische Schwerbehindertenvertreter Herr Deuster oder sein Stellvertreter Herr Räcke anwesend. Herr Deuster teilt auf Befragen mit, dass die Quote der Menschen mit Behinderung in der gesamten Stadtverwaltung per Oktober 2007 mit 9,27 % beziffert ist. Das Soll beträgt 5 %.

Ratsfrau Dr. Frantziach-Immenkeppel (CDU) sagt, dass der vorliegende Bericht teilweise sehr allgemeine Aussagen macht. Sie wünscht sich künftig detaillierte Angaben und Erfahrungswerte.

Sozialdezernent Freytag gibt bekannt, dass geplant ist, den Aufzug im Rathaus A barrierefrei zu gestalten. Ein barrierefreier Umbau in der Stadtbücherei gestaltet sich schwierig, die Liegenschaft befindet sich nicht im Eigentum der Stadt. Eine Umsetzung von Fachbereichen ist mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, da Fachbereiche im Rathaus A ebenfalls publikumsintensive Zeiten haben. Angebote für die Umrüstung der Feuerschutztüren sind mittlerweile eingeholt. Eine Entscheidung darüber muss noch getroffen werden. . . .

Abschließend schlägt Sozialdezernent Freytag vor, einen detaillierten Bericht zur barrierefreien Verwaltung den Mitgliedern des HA vorzulegen.

### **3.2 Sprachförderung im Elementarbereich**

**hier: Erfahrungsbericht 2007**

**Bezug: SchpA 08.05.2007**

**Vorlagen-Nr.: 58/01f \***

Der Erfahrungsbericht 2007 wird von den Mitgliedern des Ausschusses zur Kenntnis genommen.

Ratsfrau Niclasen (Die Grünen) möchte wissen, wie viele Sprachkurse für Mütter in den Kitas vorgehalten werden.

Anmerkung der Schriftführerin:

Nach Rücksprache mit der Fachberaterin der Kindertagesstätten, Frau Hempel, teilt diese mit, dass derzeit ein Sprachkurs mit Müttern im „Haus für Kinder“ in Vochem durchgeführt wird.

### **3.3 Seniorenkonzept Rhein-Erft-Kreis**

**hier: Mitteilung des Sozialdezernenten Freytag**

Sozialdezernent Freytag gibt bekannt, dass der Rhein-Erft-Kreis ein Seniorenkonzept entworfen hat. Die Sozialdezernenten des Rhein-Erft-Kreises haben dieses Konzept in ihrer letzten Sitzung ausgiebig diskutiert und sind übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, dieses Konzept nicht ohne Diskussionen in den örtlichen Sozialausschüssen umzusetzen.

### **3.4 Sitzungstermin der AG „Menschen mit Behinderung“ am 20.11.2007**

**hier: Mitteilung des Sozialdezernenten Freytag**

Sozialdezernent Freytag teilt mit, dass die Sitzung der AG „Menschen mit Behinderung“ am 20.11.2007 stattfindet.

### **3.5 Sitzungstermin der AG „Träger der Altenarbeit“ am 14.11.2007**

**hier: Mitteilung des Sozialdezernenten Freytag**

Sozialdezernent Freytag teilt mit, dass die Sitzung der AG „Träger der Altenarbeit“ am 14.11.2007 stattfindet.

## **4. Anfragen**

Es werden keine Anfragen gestellt.

...